

# Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung erscheint  
täglich.  
Vormittags 11 Uhr,  
mit Ausnahme der Sonn-  
und Festtage.  
Alle  
Postämter nehmen  
Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis  
pro Quartal  
25 Silbergroschen,  
in allen Provinzen  
der Preussischen Monarchie  
1 Thlr. 1/4 Sgr.  
Expedition:  
Krautmarkt No 1053

Im Verlage von Herrn. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. H. G. Effenbart.

No. 265. Donnerstag, den 21. Dezember 1849.

Bei dem nahen Ablaufe des Quartals werden die geehrten Interessenten der Stettinischen Zeitung ersucht, die Erneuerung der Pränumerations in unserer Expedition, Krautmarkt No. 1053, gefälligst anzumelden. Die Zeitung erscheint täglich (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) Vormittags 11 Uhr; der Pränumerations-Preis beträgt pro Quartal 25 Sgr., auswärts 1 Thlr. 1/4 Sgr. — Diejenigen Abonnenten, welche die Zeitung ins Haus gebracht zu haben wünschen, wollen die Bestellung bei der Expedition abgeben und zahlen dafür 7 1/2 Sgr. pro Quartal.  
Die Zeitungs-Expedition.

Berlin, vom 21. Dezember.

Se. Majestät der König haben Allergrädigst geruht, dem Obersten Engels, zweiten Kommandanten von Köln, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; so wie dem Schmiede-Gesellen Jürgen Jürgensen in Stettin die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ic. ic.  
verordnen, in Erfüllung der in Unserem Patente vom 5. Dezember d. J. gegebenen Verheißungen, auf Grund des Artikels 105 der Verfassungs-Urkunde, nach dem Antrage Unseres Staatsministeriums, für diejenigen Landes-Bezirke, in welchen das Allgemeine Landrecht und die Allgemeine Gerichts-Ordnung Geltung hat, was folgt:

§. 1. Die Circular-Ordnung vom 26. Februar 1799 wegen Bestrafung der Diebstähle und ähnlicher Verbrechen wird hierdurch aufgehoben. Bis zur Publikation des neuen Strafrechts finden in Bezug auf diese Verbrechen lediglich die Vorschriften des Titels 20, Theil II. Allgemeinen Landrechts nebst den zu denselben ergangenen anderweitigen Bestimmungen Anwendung.

§. 2. Auf den Standes-Unterschied, welcher in den bestehenden Gesetzen bei Bestrafung der Injurien gemacht wird, soll es nicht ferner ankommen. Die einfache, durch Rede, Schrift, Zeichen, Abbildung oder andere Darstellung verübte Ehrenkränkung ist nach dem Ermessen des Gerichts, welches durch die vorliegenden Thatumstände bestimmt wird, mit Geldbusse bis zu dreihundert Thalern, oder mit Gefängniß- oder Festungshaft bis zu sechs Monaten zu bestrafen. Bei geringen Real-Injurien kommt die Vorschrift des §. 628 Tit. 20 Th. II. Allg. Landrechts zur Anwendung.

§. 3. Alle Beleidigungen, mit Ausnahme der gegen Beamte bei Ausübung ihres Amtes oder in Beziehung auf dasselbe verübten Beleidigungen und der schweren Real-Injurien, können nur im Wege des Civil-Prozesses verfolgt werden. Gegen jedes Erkenntniß, welches wegen Beleidigung im Civil-Prozess ergangen ist, stehen beiden Parteien die für den Civil-Prozess vorgeschriebenen Rechtsmittel der Revision, der Appellation und der Nichtigkeits-Beschwerde, nicht aber das Rechtsmittel der Revision zu. In Betreff der Beschwerden, welche nur den Kostenpunkt betreffen, kommt die Vorschrift Nr. 3 Art. 1. der Deklaration vom 6. April 1839 (Gesetz-Sammlung 1839, Seite 125) zur Anwendung.

§. 4. Alle dieser Verordnung entgegenstehenden Vorschriften, insbesondere die §§. 607 bis 617, 629 bis 634, 643 bis 646 und 654 Tit. 20 Th. II. Allg. Landrechts, Abschnitt IV. der Circular-Verordnung vom 30. Dezember 1798, Nr. 4 Art. 1. der Deklaration vom 6. April 1839, und die Bestimmungen der §§. 216 und folgenden Anhangs zur Allgemeinen Gerichts-Ordnung, so weit letztere abweichenden Inhalts sind, ingleichen die Deklaration vom 6. Oktober 1831 (Gesetz-Sammlung Seite 224) werden aufgehoben.

Urkundlich unter Unserer Höchstehändigen Unterschrift und beigestricheltem Königlichem Insignel.

Gegeben Potsdam, den 18. Dezember 1849.  
(L. S.) (gez.) Friedrich Wilhelm.  
contr. Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Manteuffel.  
v. Strotha. Rintelen. von der Heydt.  
Für den Finanz-Minister. Für den Minister der auswärtigen  
Kühne. Angelegenheiten  
Graf von Bülow.

Verordnung, betreffend die Aufhebung der  
Circular-Verordnung v. 26. Februar 1799  
und die Abänderung der Injurienstrafen.

**Reglement**  
zur Ausführung des für das erste Jahr der nächsten Legislatur  
erlassenen provisorischen Wahlgesetzes zur Bildung der ersten  
Kammer, vom 6. d. M.

**Urwahlen.**  
§. 1. In jeder Gemeinde wird sofort von der Ortsbehörde nach dem

beiliegenden Schema ein Verzeichniß derjenigen Einwohner aufgestellt, welche das dreißigste Lebensjahr vollendet und seit 6 Monaten ihren Wohnsitz oder Aufenthalt in der Gemeinde gehabt haben, nicht in Folge rechtskräftigen Erkenntnisses den Vollgenuß der bürgerlichen Rechte entbehren, und entweder 20 Sgr. monatlicher Klassensteuer zahlen oder binnen 8 Tagen nach in ortsüblicher Weise erfolgter öffentlicher Aufforderung ein Grundvermögen im Werth von mindestens 5000 Thlr. oder ein reines jährliches Einkommen von mindestens 500 Thlr. glaubhaft nachweisen.

§. 2. Das Verzeichniß (§. 1) wird nebst den dazu gehörigen Verhandlungen dem Landrath innerhalb einer von demselben zu bestimmenden Frist eingereicht. Der Landrath prüft dasselbe, stellt die Urwählerliste danach fest und veranlaßt, daß dieselbe in der Gemeinde auf ortsübliche Weise sofort bekannt gemacht wird.

§. 3. Einwendungen gegen die Wählerliste sind innerhalb fünf Tagen nach der Bekanntmachung bei der nach dem §. 4 zur Entscheidung berufenen Kommission durch Vermittelung des Landraths unter Beifügung der Beweismittel schriftlich anzubringen.

§. 4. Die Entscheidung über die erhobenen Einwendungen erfolgt innerhalb fünf Tagen nach Ablauf der Präklusivfrist (§. 3) für die Klassensteuerverpflichtigen Ortschaften durch die nach der Vorordnung v. 17. Januar 1830 (Gesetz-Sammlung S. 19) zur Mitwirkung bei der Klassensteuer-Veranlagung bestimmte Kommission, in den nicht Klassensteuerverpflichtigen Orten durch eine besondere Kommission, deren Mitgliederzahl vom Gemeindevorstande (Magistrat, Bürgermeister) zu bestimmen ist. Die Mitglieder der letzteren Kommission werden zur Hälfte von dem Gemeindevorstande, zur Hälfte von den Gemeinde-Vertretern gewählt. Der Landrath hat für den rechtzeitigen Zusammentritt der Kommission zu sorgen.

§. 5. Sobald die erhobenen Einwendungen erledigt, werden die Urwählerlisten von dem Landrath nach den erfolgten Entscheidungen berichtigt. Derselbe zeigt demnach die Zahl der in den einzelnen Gemeinden seines Kreises vorhandenen Urwähler der Regierung übersichtlich an, damit diese zu beurtheilen vermag, ob nach Art. 5 des Gesetzes vom 6ten d. M. in einem Wahlbezirke direkte Wahlen vorzunehmen sind.

§. 6. Hat eine Gemeinde oder eine nicht zu einem Gemeindeverbande gehörende bewohnte Besizung nach den festgestellten Listen weniger als 100 stimmberechtigte Urwähler, so wird dieselbe durch den Landrath mit einer oder mehreren benachbarten Gemeinden zu einem Wahlbezirk verbunden. Der Landrath bestimmt zugleich den Ort, wo die Wahl der Wahlmänner vorzunehmen ist. In allen Gemeinden, welche nach der festgestellten Liste 200 oder mehr Urwähler haben, werden von dem Gemeindevorstande (Magistrat, Bürgermeister, Amtmann, Ortsbehörde) Wahlabtheilungen dergestalt gebildet, daß in keiner derselben mehr als 5 Wahlmänner zu wählen, also höchstens 599 Wähler enthalten sind.

§. 7. In jedem Wahlbezirk (Gemeinde, Distrikt, Abtheilung) wird auf jede Vollzahl von 100 Urwählern ein Wahlmann gewählt.

§. 8. Die Wahl wird von einem Wahlvorsteher geleitet. Derselbe wird in denjenigen Städten, welche 100 oder mehr Wähler enthalten, von dem Gemeindevorstande (Magistrat, Bürgermeister), in allen übrigen Wahlbezirken von dem Landrath ernannt. In gleicher Weise wird ein Stellvertreter des Wahlvorstehers für etwaige Verhinderungsfälle ernannt. In den Landgemeinden der Rheinprovinz und der Provinz Westphalen ist in der Regel ein in dem Wahlbezirk wohnender Bürgermeister oder Amtmann, in den übrigen Provinzen ein geschäftsfundiger, stimmberechtigter Einwohner mit der Leitung der Wahl zu beauftragen.

§. 9. Die Wahlen in allen Wahlbezirken werden im ganzen Umfang der Monarchie am 29. Januar 1849 abgehalten. Wenn in demselben Orte mehrere Wahl-Abtheilungen sind, so werden die Wahlen überall zur nämlichen Stunde vorgenommen.

§. 10. Die Wähler sind zur Wahl durch öffentliche Bekanntmachung in ortsüblicher Weise vorzuladen.

§. 12. In der Versammlung werden zunächst die Wählerlisten vorgelesen und die erschienenen Wähler als anwesend verzeichnet. Jeder nicht stimmberechtigte Anwesende wird zum Abtreten veranlaßt und so die Wahlversammlung konstituiert. Später erscheinende Wähler haben sich bei dem Wahlvorsteher zu melden und werden nachträglich als anwesend vermerkt.

§. 13. Aus der Mitte der Anwesenden ernennet der Wahlvorsteher einen Protokollführer und 2-8 Stimmzähler und verpflichtet sie mittelst Handschlages an Eides statt.

§. 14. Der Wahlvorsteher läßt durch die Stimmzähler gestempelte, für jede Abstimmung noch besonders zu bezeichnende Stimmzettel an die einzelnen Wähler austheilen.

§. 15. Jeder Wähler schreibt auf den ihm übergebenen Zettel den Namen des von ihm gewünschten Wahlmannes. Zettel, auf welchen mehr als Ein Name, oder der Name einer nicht wählbaren Person geschrieben steht, oder aus welchen der Gewählte nicht unzweifelhaft zu erkennen ist, eben so ungestempelte und nicht gehörig bezeichnete Zettel sind ungültig. Wähler, welche nicht schreiben können, lassen ihren Stimmzettel durch den Protokollführer schreiben.

§. 16. Die Stimmzettel werden von dem Stimm-Wähler gesammelt und in das vor dem Wahlvorsteher und dem Protokollführer stehende Gefäß gelegt.

§. 17. Nach vollendeter Einsammlung der Stimmzettel erklärt der Wahlvorsteher die Wahl für geschlossen. Es dürfen alsdann Stimmzettel für diese Abstimmung nicht mehr abgegeben werden.

§. 18. Die uneröffneten Zettel werden laut gezählt. Sollte diese Zählung durch ein mit der Zahl der Anwesenden im Mißverhältniß stehendes Resultat Bedenken erregen, so sind Wahlvorsteher und Stimmzähler befugt, die Abstimmung für ungültig zu erklären und eine neue anzuordnen.

§. 19. Die Stimmzettel werden durch einen Stimmzähler unter Vorzeigung und in Gegenwart der Versammlung laut vorlesen, vom Protokollführer bei dem Namen des Kandidaten vermerkt und vorweg laut gezählt.

§. 20. Derjenige, welcher die absolute Stimmenmehrheit erhalten hat, ist für gewählt zu erklären.

§. 21. Zur absoluten Stimmenmehrheit gehört mehr als die Hälfte der gültigen Stimmzettel.

§. 22. Hat sich eine absolute Mehrheit nicht ergeben, so sind diejenigen fünf Kandidaten, welche die meisten Stimmen erhalten haben, auf eine engere Wahl zu bringen. Wird auch bei dieser Wahl keine absolute Mehrheit erreicht, so sind diejenigen beiden Kandidaten, welche die meisten Stimmen in der engeren Wahl erhalten haben, auf eine zweite engere Wahl zu bringen. Tritt in dieser letzten Wahl Stimmgleichheit ein, so entscheidet das Loos, welches durch die Hand des Wahlvorstehers gezogen wird. Bei Ausmittlung derjenigen Kandidaten, welche nach den vorstehenden Vorschriften auf eine engere Wahl zu bringen sind, entscheidet bei Stimmgleichheit ebenfalls das Loos.

§. 23. Bei engeren Wahlen sind die Stimmzettel mit anderen Namen als den auf die engere Wahl gebrachten Kandidaten ungültig.

§. 24. Ueber die Gültigkeit einzelner Stimmzettel entscheiden Wahlvorsteher und Stimmzähler.

§. 25. In Wahlbezirken, wo mehr als Ein Wahlmann zu wählen ist, findet vorstehendes Verfahren mit der Maßgabe statt, daß für jeden Wahlmann eine besondere Wahlhandlung vorzunehmen ist.

§. 26. Das Wahlprotokoll, welches nach den anliegenden Formularen aufzunehmen ist, wird vom Wahlvorsteher, den Stimmzählern und dem Protokollführer unterzeichnet und sofort dem Wahlkommissar (§. 29.) eingereicht, welchem die Prüfung der Wahl in formeller Beziehung obliegt.

§. 27. Wenn gegen die formelle Gültigkeit einer Wahl Bedenken obwalten, so sind dieselben der Versammlung der Wahlmänner vorzulegen, welche darüber entscheidet und sodann mit Ausschließung des Wahlmannes, dessen Wahl für ungültig erklärt ist, unmittelbar zu ihrem ordentlichen Wahlgeschäfte fortschreitet.

**Wahl der Abgeordneten.**

§. 28. Die Bezirke zur Wahl der Abgeordneten sind von den Regierungen nach Maßgabe der Bevölkerung zu bilden (Art. 5 und 6 des Wahlgesetzes). Bei der Abgrenzung derselben ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß eine Theilung der Kreise möglichst vermieden und den Wahlmännern die Theilnahme an der Wahl nicht unnützlich erswert wird.

§. 29. Die Regierung bestimmt den Wahl-Kommissar, sowie den Wahlort, und läßt davon die Wahlvorsteher durch die Landräthe benachrichtigen.

§. 30. Falls in einem Wahlbezirke sich weniger als 1000 Urwähler befinden (Art. 5 des Ges. vom 6ten d. M.), hat die Regierung die Wahl-Abtheilungen für die alsdann vorzunehmenden direkten Wahlen zu bilden und die Wahl-Kommissarien, sowie die Wahlorte für die Abtheilungen zu bestimmen.

§. 31. Der Wahl-Kommissarius stellt aus den eingereichten Wahlverhandlungen ein Verzeichniß der Wahlmänner auf und laßt dieselben zur Wahl der vom Wahlbezirk zu wählenden Abgeordneten schriftlich ein, ebenso die Wähler im Fall der direkten Wahl (Art. 5 des Wahlgesetzes).

§. 32. Die Wahl der Abgeordneten wird im ganzen Umfange der Monarchie am 12. Februar k. J. vorgenommen.

§. 33. Bei der Wahl der Abgeordneten kommen die Vorschriften der vorstehenden §§. 12 bis 25 mit Ausnahme der §§. 13 und 22, an deren Stelle folgende Bestimmungen treten, zur Anwendung.

§. 34. Die Stimmzähler und der Protokollführer werden auf Vorschlag des Wahl-Kommissarius von den anwesenden Wahlmännern aus ihrer Mitte durch Akklamation oder vermittelst Aufhebens der Hände nach absoluter Stimmenmehrheit gewählt und vom Wahl-Kommissar mittelst Handschlages an Eides statt verpflichtet.

§. 35. Hat sich auf einen Kandidaten die absolute Stimmenmehrheit vereinigt, so ist derselbe als gewählt zu erklären. Hat sich keine absolute Stimmenmehrheit ergeben, so wird zu einer weiteren Abstimmung geschritten. Dabei kann keinem Kandidaten die Stimme gegeben werden, welcher bei der ersten Abstimmung keine oder nur Eine Stimme gehabt hat. Die zweite Abstimmung wird unter den übrig bleibenden Kandidaten in derselben Ordnung wie die erste vorgenommen. Jeder Stimmzettel ist ungültig, welcher einen anderen als einen der in der Wahl geliebten Kandidaten enthält. Wenn auch die zweite Abstimmung keine absolute Mehrheit ergibt, so fällt je in der folgenden Abstimmung derjenige, welcher die wenigsten Stimmen hatte, aus der Wahl, bis die absolute Mehrheit sich auf einen Kandidaten vereinigt hat. Stehen sich Mehrere in der geringsten Stimmzahl gleich, so entscheidet unter ihnen das Loos, welcher aus der Wahl fällt.

§. 36. Wenn die Abstimmung nur zwischen zwei Kandidaten noch stattfindet, und jeder derselben die Hälfte der gültigen Stimmen auf sich

vereinigt hat, entscheidet das Loos, welches durch die Hand des Wahl-Kommissarius gezogen wird.

§. 37. In der Versammlung sowohl der Urwähler als der Wahlmänner dürfen weder Diskussionen stattfinden, noch Beschlüsse gefaßt werden, vorbehaltlich der im §. 28. der Versammlung der Wahlmänner überwiesenen Prüfung.

§. 38. Die Gewählten sind durch den Wahl-Kommissarius von der auf sie gefallenen Wahl in Kenntniß zu setzen und zur Erklärung über die Annahme derselben, so wie zu dem Nachweise, daß sie nach Art. 8 des Gesetzes wählbar sind, aufzufordern. Im Falle der Nichtannahme der Wahl oder der eingeräumten Nichtbefähigung ist sofort eine neue Wahl zu veranlassen.

§. 39. Sämmtliche Verhandlungen über die Wahl sowohl der Wahlmänner als der Abgeordneten werden vom Wahl-Kommissar durch Vermittelung der Regierung dem Minister des Innern zur weiteren Mittheilung an die erste Kammer eingereicht.

§. 40. In den keinem landrätlichen Kreise angehörigen Städten werden die nach Obigem dem Landrath obliegenden Funktionen von dem Magistrat oder Bürgermeister ausgeübt. In der Stadt Berlin vertritt der Magistrat sowohl die Funktionen des Landraths als die der Regierung.  
Berlin, den 8. Dezember 1848.

Königliches Staats-Ministerium.  
(gez.) Graf von Brandenburg. v. Ladenberg. Manteuffel.  
v. Strotha. Rintelen. v. d. Heydt.

— Die dem Artikel 67 der Verfassungs-Urkunde entsprechende Bestimmung im Artikel 2. des Wahlgesetzes für die zweite Kammer vom 6. Dezember d. J., wonach für diese Kammer jeder selbst ständige Preussische Urwähler ist, hat zu Zweifeln und Anfragen darüber, wer im Sinne des Gesetzes als selbstständig zu betrachten, und wer wegen Mangels der Selbstständigkeit von der Theilnahme an der Wahl auszuschließen sei, Veranlassung gegeben.

Es hat nicht an Aufforderungen gefehlt, an die Beantwortung dieser Frage weitgreifende Beschränkungen der aktiven Wahlbefähigung zu knüpfen. Das Staatsministerium hat diesen Gegenstand einer ernstlichen und umfassenden Prüfung unterworfen und nimmt keinen Anstand, sich darüber nachstehend mit derjenigen Offenheit auszusprechen, welche dasselbe bei allen seinen Schritten sich zum Gesetz gemacht hat:

„Wenn der Begriff der politischen Selbstständigkeit zur Zeit einer scharfen gesellschaftlichen Abgränzung ermangelt, so folgt daraus eben nur, daß eine solche Begriffsbestimmung im Wege der Gesetzgebung nicht bewirkt werden müssen, und daß so lange dies nicht geschehen ist, Niemand von der Theilnahme an der Wahl wird ausgeschlossen werden dürfen, der die sonstigen gesellschaftlichen Bedingungen des aktiven Wahlrechts erfüllt und von dem nicht feststeht, daß er sich zur Zeit der Wahl nicht in der Lage befindet, über seine Person und sein Eigenthum zu verfügen.“

Die Regierung hat ihrerseits eine Vorschrift, deren Durchführung auf das wichtigste politische Recht eines großen Theils der Bevölkerung den entscheidendsten Einfluß üben würde, gegenwärtig nicht erlassen mögen und die Berathung und Beschlußnahme darüber den künftigen legislativen Versammlungen um so weniger vorenthalten zu dürfen geglaubt, als die Gesetzgebung dann im Stande sein wird, auch auf die in dieser Beziehung zu erwartenden Beschlüsse der deutschen National-Vertretung die gebührende Rücksicht zu nehmen.

Nach diesem Grundsatz werden die mit Ausführung des Wahlgeschäftes beauftragten Behörden mit Anweisung versehen werden.  
Berlin, den 19. Dezember 1848.

Königliches Staats-Ministerium.  
(gez.) Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Manteuffel.  
v. Strotha. Rintelen. von der Heydt.

## Deutschland.

Berlin, 19. Dezember. Die Immediat-Eingabe der Mitglieder des Oberlandes-Gerichts zu Bromberg, in welcher dieselben Se. Majestät bitten, sie vor dem Eintreten des Präsidenten Gierke in ihr Kollegium zu bewilligen, event. die Einleitung der Untersuchung wider denselben zu veranlassen, lautet wie folgt:

Allerdurchlauchtigster,  
Großmächtigster König und Herr!  
Der von Ew. Majestät zum Präsidenten des hiesigen Ober-Landesgerichts ernannte, vormalige Minister Gierke hat sich als Abgeordneter der preussischen National-Versammlung denjenigen Mitgliedern dieser Versammlung beigelegt, welche trotz der von Ew. Majestät ausgesprochenen Verlegung und Vertagung in Berlin verblieben sind und fortgefahren haben, dort Beschlüsse zu fassen. Unter diesen Beschlüssen ist der der Steuerverweigerung von der Art, daß er nach der Meinung derer, die es mit dem Vaterlande wohl meinen, als offene Aufsehnung wider die Gesetze und wider Ew. Majestät gilt, zumal derselbe in der zu Tage liegenden Absicht der Aufwiegelung verbrochen worden ist und an manchen Orten zu verderblichen Aufständen geführt hat. Jene Meinung über den Beschluß der Steuerverweigerung ist insbesondere auch in einer Ew. Majestät durch den hiesigen Patrioten-Verein überreichten ehrfurchtsvollen Adresse ausgesprochen worden.

Der Präsident Gierke hat sich, wie anzunehmen ist, da er nicht wie Andere durch öffentliche Erklärungen sich dagegen verwahrt hat, und da auch eine von uns deshalb an ihn gerichtete Anfrage unbeantwortet geblieben ist, an jenem Beschlusse betheiliget. Daß er nach diesem Verhalten ohne verderbliche Gefährdung des richterlichen Ansehens und der Ehre preussischer Beamten nicht als Präsident eines Obergerichts vor ein Publikum hintreten und in einem Kollegium präsidiren kann, die ihn des Hochverraths schuldig achten, liegt am Tage. Wir unsererseits würden freilich nur im äußersten Falle als Denunzianten gegen ihn auftreten, und darum wenden wir uns in der Bedrängniß unserer Lage nicht an die zur Abwendung des Verbrechens kompetente Behörde, sondern mit ehrfurchtsvollem Vertrauen an Ew. Majestät.

Wir bitten unterthänigst:  
uns durch irgend eine Maßregel von der Schmach zu befreien,  
die uns durch den Eintritt jenes Mannes droht.

Wenn wir hierbei langjährige treue Dienste und unbestleckte Ehre zu unseren Gunsten geltend machen, so geschieht dies, wie wir ehrfurchtsvoll,

aber bestimmt versichern, nur eben um eine tiefe Kränkung von uns abzuwenden, nicht um irgend einen anderen Vortheil zu erlangen. Nur vor dem wirklichen Eintreten des Präsidenten Gierke in unser Kollegium bitten wir uns huldvoll zu bewahren. Sollte dies aber nicht ausführbar sein, so müßten wir, obwohl von unserem Standpunkte aus höchst ungern, Ew. Majestät unterthänigst bitten, durch die betreffende Behörde die Einleitung der Untersuchung wider den Präsidenten Gierke zu veranlassen, damit dem Gesetze Geltung verschafft und allenfalls dem Beschuldigten Gelegenheit gegeben werde, sich von dem schweren Vorwurfe zu reinigen.

Bromberg, den 6. Dezember 1848.  
Ew. Königlich Majestät  
treu gehorsamste.

(Unterschriften.)

Ueber die Schwierigkeiten, welche dem Geheimen Rath Waldeck in Beziehung auf seinen Wiedereintritt in das Kollegium des Geheimen Obertribunals nach den Berichten mehrerer Zeitungen entgegengestellt sind, sind wir im Stande, folgendes Thatsächliche mitzutheilen. Als Herr Waldeck nach der Auflösung der National-Versammlung in offiziellem Wege zu erkennen gegeben hatte, daß er nunmehr an den Geschäften des Gerichts den ihm pflichtmäßig obliegenden Antheil wieder übernehmen werde, wurde ihm von dem Chefpräsidenten Herrn Mühlner bemerkt gemacht, daß die Stimmung, die im Schooße des Kollegiums gegen ihn herrsche, eine Verlängerung des Urlaubs räthlich erscheinen lasse. Herr Waldeck fühlte keine Veranlassung, einer Rücksicht auf persönliche Antipathien seiner Kollegen vor der Erfüllung seiner Amtspflichten den Vorzug zu geben. Er erschien in der Sitzung und wurde von der Mehrzahl seiner Amtsgegnossen mit sichtlich Kälte ohne alle Begrüßung empfangen. Der Chefpräsident erneuerte seine Bemühungen, Hr. Waldeck zu einem fortgesetzten Gebrauch des Urlaubs zu bestimmen. Hr. Waldeck verblieb bei seiner früheren Erklärung, vor der ihn auch eine Hinweisung auf die den Deputirten, welche die Steuerverweigerung beschlossen haben, drohende Criminal-Untersuchung um so weniger abwendig zu machen geeignet war, als eine Auflage bei dem Justizminister ergeben haben soll, daß der Staatsanwalt mit der Ausarbeitung der Anklageschrift noch nicht zu Ende ist. (Schl. 3.)

Die Nachricht, daß zwischen dem preussischen und russischen Kabinet ein Notenwechsel über die Abtretung des polnischen Theils des Großherzogthums Posen an Rußland, gegen die Abtretung des Großherzogthums Kurland stattgefunden, ist ohne Grund.

Hr. v. Wrangel giebt von Zeit zu Zeit Diners, zu welchen Gäste aus allen Gesellschaftskreisen herangezogen werden. Auch der regierende Herzog von Braunschweig wohnte während seines neulichen Aufenthalts in Berlin einem solchen Diner bei. Der fürstliche Gast wurde durch einen echt soldatischen Toast des Gastgebers gefeiert: „Möge Ew. Hoheit ein eben so ruhmvoller Tod beschieden sein — rief Hr. v. Wrangel, das Glas erhebend, aus — wie er Ihrem Herrn Vater zu Theil geworden!“

Abgeordnete der Justiz-Kommissionen in Berlin, Stettin, Magdeburg, Breslau und Ratibor haben am 17. d. M. eine Konferenz mit einer Ministerial-Kommission des Justiz-Ministeriums gehabt, und ihre Wünsche sowohl in Bezug der Wahrung der Rechte ihres Standes als der Interessen des Publikums nach stattgehabter Diskussion protokollarisch niedergelegt. Die Veröffentlichung der Resultate der Verhandlung und der hierbei leitend gewesenen Motive würde nicht nur für ihre nächsten Standesgenossen, sondern für das juristische Publikum überhaupt nicht ohne Interesse sein. (D. Ref.)

Die hier gebildeten Wahlkomitees sind bereits in voller Thätigkeit. Das Wahlkomitee der äußeren Linken hat das Mißgeschick gehabt, einen seiner Hauptfaktoren, Herrn v. Ester, mittels eines Zwangspasses zu verlieren, durch welchen dieser Abgeordnete so eben von hier hinwegdirigirt worden ist. Hr. v. Ester hat seinen einseitigen Aufenthalt in Köthen genommen, wo die Demokratie seltsamer Weise ein neues Hauptquartier gewonnen hat und wo auch der demokratische Centralausschuß jetzt etablirt worden ist. Auch die von hier hinweggewiesenen Herren Hexama und Oppenheim verweilen daselbst.

München, 15. Dezember. Heute verließ Johannes Ronge nach mehrwöchentlichem Aufenthalt unsere Hauptstadt, wo ein längeres Verweilen von bedrohlichen Folgen für ihn hätte werden können, weshalb auch die Polizei unter Hinweisung auf die bereits hier und da sich regende Gährung und das an diese Behörde unter Drohungen gestellte dringende Begehren, ihn aus der Stadt zu weisen, ihn ersuchte, seinen Aufenthalt abzukürzen. Derselbe begiebt sich zunächst nach Nürnberg und Bamberg; nach letzterer Stadt hat er eine spezielle Einladung erhalten. (N. C.)

Frankfurt, a. M. Aus der 135ten Sitzung der Reichsversammlung vom 14. Dezember entnehmen wir nachträglich Folgendes: Zur Tagesordnung übergehend wird das Wort dem Berichterstatter des Ausschusses, Herrn Dahlmann, ertheilt. Nachdem der Redner die Einwendungen und Verbesserungsanträge zu den einzelnen Absätzen des §. 19 kritisiert hat, wendet er sich zu den vorgeschlagenen Einschlebungsparagraphen v. Trübschler's und der Minorität. Nach dem Trübschler'schen Antrage, sagt er, würde die Regierung die beste sein, welche am Fügsamsten zu gehorchen verstände. „Zu Gunsten des entscheidenden Veto hat aber in der vorgestrigen Versammlung v. Vincke tief eingreifende Worte gesprochen, wie sie eines Mannes würdig sind, der die Fragen des Staatslebens nicht allein nach einer Theorie aufstuzen, sondern sie wirklich nach ihrer wahren Lebenslage zu behandeln versteht. In Wahrheit, das entscheidende Veto ist das unzertrennlichste Merkmal jeder wahrhaftigen Regierung, und wenn Einer mir einwenden wollte, es sei denn doch dieses entscheidende Veto für die republikanische Regierungsform auf keine Weise geeignet, so würde ich bloß aus dieser Einwendung die Behauptung entnehmen: wenn dem so sei, so sei gerade auch dadurch der Beweis geführt, daß die monarchische Regierung weit höher steht, als die republikanische Regierungsform. (Bewegung des Mißfallens links; rechts Bravo.) Dieser Meinung bin ich wirklich aus vollster Ueberzeugung, ich würde nicht anstehen, den Beweis davon zu führen, und ich glaube, er würde mir glücken, wenn hier der Ort dazu wäre. Die ganze Frage zwar, das will ich gern zusehen, ist in der Regel mehr idealer als rein praktischer Art. Das Beispiel Englands ist bekannt; bekannt, daß seit den Zeiten der Königin Anna, also seit 1 1/2 Jahrhunderten, das Veto nicht mehr angewendet worden, dennoch wage ich es zu behaupten, es würde in England Manches naturgemäßer, mensch-

lich richtiger und auch staatsgemäßer stehen, wenn nicht die praktische Anwendung des Veto dort fast unmöglich geworden wäre.“ Für diese Meinung führt Dahlmann geschichtliche Beispiele an. Dann fährt er fort: „Als es die Emanzipationsfrage der Katholiken galt und König Georg III. in seiner Gewissensbedrängniß fund gab, er werde seine Krone niederlegen, wenn diese Emanzipation durchgehe, war das nicht auch ein Veto? Es muß aber im Staate ein Recht rettender That geben. Eine solche rettende Gewalt, wie neuerdings der König von Preußen ausgeübt, übt kein König aus, der nur das suspensive Veto hat. (Beifall.) Eine Krone niederlegen ist den Umständen nach oft nur eine kleine That. Die größere Aufgabe ist eine Krone retten! (Langer Beifallsruf.) „Warum, meine Herren, scheuen so Viele von Ihnen, aller politischen Erfahrung zum Troste, das entscheidende Veto? Darum, weil Ihnen die Drangsale des letzten Menschenalters vorschweben. Daran aber hat das entscheidende Veto gar keine Schuld. Die Drangsale des letzten Menschenalters wurzeln in der absolutistischen Regierung der beiden Hauptstaaten Deutschlands, in Oesterreich und in Preußen und in nichts Anderem. Hören wir aber doch auf, wie ungeschickte Fescher thun, immer an derselben Stelle zu pariren, wo wir den letzten Stoß erhalten haben. (Sehr gut!) Schließlich noch eins. Sie werden getäuscht, wenn man Ihnen sagt, dies sei eine Freiheitsfrage oder dies sei wohl gar eine Vergottessnadenfrage. Keines von beiden ist der Fall, sie ist wesentlich eine Machtfrage. Wenn Sie für Deutschlands junge Macht Geltung im Staatenkreise wollen, so treten sie in die Spuren der klugen Belgier, welche gar wohl wußten, was sie thaten, wenn sie ihren König nicht tiefer stellten im Staatenkreise, als andere der geachteten Regierungen unseres Welttheils. Verlassen Sie, meine Herren, Ihren Ausschuß in dieser feinen, aber tiefgreifenden Frage nicht. Fassen Sie in Ihre eigene Brust, fragen Sie sich, sind Sie lediglich hierher gekommen, um die Freiheit von Deutschland zu gründen? Sie sind es nicht. Wohl ist Ihre Absicht, die Freiheit von Deutschland zu gründen, aber nicht die Freiheit allein. Sie sind ebenfalls und mit dem Drange hierher gekommen, um die Macht des künftigen Deutschlands zu gründen, damit Deutschland, das bisher gering geachtete, kaum aufgeführt in der Reihe der Staaten, jetzt eine politische Größe werde. Wenn Sie aber das mit wirklicher Einsicht, mit besonnenem Urtheil wollen, so setzen Sie eine starke, setzen Sie eine im Auslande geachtete Regierung ein, folgen Sie den Wegen, die politische Erfahrungen geöffnet haben. (Von der Rechten u. d. aus der Mitte lebhaftes Bravo.) Die Fragestellung über §. 19 ist von so verwickelter Art, daß sie eine ganze Debatte verursacht, bevor es zur Abstimmung gelangt. Ueber das Prinzip des absoluten Veto wird durch Namensaufruf entschieden. Von 474 Abstimmenden bejahen nur 207 die Frage, daß die Uebereinstimmung der Reichsregierung und des Reichstags in den im Paragraphe aufgezählten Fällen erforderlich sei — von 267 wird sie verneint. Unter den Erklärungen zu Protokoll zur Motivirung der Abstimmung, deren Mißbrauch auch heute wieder in schwungvoller Uebung ist, befindet sich u. A. eine lange Herzensergießung Friedr. Ludwig Jahns. Die äußerste Rechte: Vincke, Schwärin und Genossen legen sogar Verwahrung gegen die Verwerfung des unbedingten Veto ein.

Frankfurt a. M., 16. Dezember. Hier ist ein Abgeordneter aus Wolgast (in Neuvorpommern) angekommen, ein Schiffsbaumeister, welcher Unterstützung nachsucht für den Plan seiner Landsteute, eine Dampfkorvette zu bauen. Sie soll mit sechs großen Bombkanonen ausgerüstet werden, die sich nach allen Seiten drehen lassen; die Maschinen sollen in Berlin angefertigt werden, und allein 80,000 Thaler kosten. Die Kosten für die Korvette sind auf 150—160,000 Thaler veranschlagt. Bei dem Wolgaster Vereine sind dazu 10,000 Thaler an freiwilligen Beiträgen zusammengebracht, auch haben sich die dortigen Kaufleute erbotten, Hanf, Segelwerk und allen Schiffsbedarf ohne Provision zu liefern. Es ist jetzt Auftrag gegeben, in den Ostseehäfen vierzig Kanonenschaluppen für die deutsche Flotte zu erbauen. Aber wo bleiben die großen Kriegsschiffe? Die Ober-Postamtzeitung versichert, sie sollten jetzt (Tandem aliquando!) in England und in Deutschland erbaut werden, unter der Aufsicht eines amerikanischen Commodore. Im preussischen Kriegsministerium wird aber versichert, die deutschen Kriegsschiffe würden ausschließlich in Deutschland erbaut werden. Wenn dem so ist, so würde die Erbauung der Flotte ihren nächsten Zweck vollständig verfehlen; denn die Sachverständigen versichern, daß bis zum Wiederbeginne der Schifffahrt es unmöglich sein werde, auf deutschen Werften jetzt noch größere Kriegsschiffe zu erbauen und seefertig zu machen. Die Dänen werden also beim ersten offenen Fahrwasser, wo die Schifffahrt am lebhaftesten und wichtigsten ist, die Mündungen von Weser, Elbe und Oder, alle deutschen Küsten wieder sperren können. Man trifft hier in Frankfurt freilich Leute genug, welche eine bessere Zuversicht haben, und wenn die Rede auf diese Angelegenheit kommt, geheimnißvoll und triumphirend sagen: Dafür ist gesorgt! Es wird gebaut! Mehr als genug! Man darf nicht davon reden! Dies flüstern sie so leise, als wären sie besorgt, man könnte ihre Worte in Kopenhagen hören. Da wir nicht unterrichtet sind, so sahen wir uns gerne genauer belehrt; denn wir können kaum glauben, daß hier ein Staatsgeheimniß obwalte. Wenn wirklich im Auslande für ein paar Millionen Kriegsschiffe gebaut werden sollten, was wir von ganzem Herzen wünschen, so würden die Dänen wahrlich andere Duelle haben das zu erfahren, als die deutschen Zeitungen. Und fast möchten wir sogar glauben, daß es der Friedensverhandlungen wegen sehr gut sein würde, wenn die Dänen etwas Gewisses über unsere bedeutenden Seerüstungen in Erfahrung brächten. Man sollte ihnen ein amtliches Verzeichniß der Dreidecker und Dampf-Fregatten einschicken, welche für deutsche Rechnung auf dem Stapel stehen und bald die Nordsee, die sonst auch das deutsche Meer genannt wurde, rein segeln werden. Wir möchten wetten, daß dann die jetzt so übermüthigen Dänen den Dannebrog bald von halbem Masse wehen ließen! Jetzt besorgen wir sehr, daß am 27. März Gestirn und Havrucas wieder auf der Höhe von Swinemünde und Helgoland herumkreuzen, und von der deutschen Drifflotte noch nichts zu sehen ist, als höchstens Berichte und Rechnungen in der Marine-Kommission. Raun war der Waffenstillstand geschlossen, so holten die Dänen das Schiffsbaumholz aus den mecklenburgischen Forsten in ganzen Ladungen ab. Das hat das arme Dänemark. Wir — hatten kein Geld. (D. 3.)

Flensburg, 14. Dezember. Von Alsen wird das plötzliche, allen seinen Anhängern unerwartete Verschwinden des Kammerherrn Kiegels, cidavant Landsturm-Chefs und Gouverneurs, gemeldet. Man hofft davon eine günstige Wendung der Alsen'ser Zustände. — Die Militär-Sessionen sind nur wenig besucht gewesen.

Oesterreich.

Wien, 17. Dezember. Die Anwesenheit des Großfürsten Michael in Olmütz will man mit einer Heirathsverbindung für unseren jungen Kaiser in Zusammenhang bringen. Populär wäre eine russische Familien-

Brünn, 14. Dezember. Ein aus Ungarn geflüchteter Handwerks- bursche brachte uns die Nachricht, daß Kosuth, der bei der Armee war, sich während eines Vorpostengefechtes zu sehr in die Kampflinie gewagt habe, und durch einen Schuß gefährlich verwundet worden sei. (Destr. C.)

Krakau, 16. Dezember. Ein in dieser Nacht von dem Feldmarschall Schlik aus dem Hauptquartier Koschice hier angekommener Courier hat folgende amtliche Nachricht überbracht: „Nach einer bei Budomir unweit Koschice am 11ten d. M. gelieferten Schlacht, in welcher ein sechs Stunden länger hartnäckiger Kampf mit einem feindlichen Heere von 25,000 Mann stattfand, hat sich der Sieg auf die Seite der Kaiserl. Armee geneigt und der geschlagene Feind die Flucht ergriffen. Hierauf ist das Kaiserl. Heer stetig in Koschice eingerückt. Außerdem ist den Siegern viele Beute in die Hände gefallen.

Aus Lemberg schreibt man: Während unsere Stadt im Belagerungs- zustande sich befindet, und die Polen allerlei Verfolgungen erdulden, werden die „Ruthenen“ (Russen) für ein von den Polen abgefondertes Volk erklärt. Die Straßen der Stadt und die öffentlichen Plätze sollen mit russischen Aufschriften bezeichnet werden. Der russische Gemeindevorstand hält bereits seine Sitzungen; seine Hauptaufgabe soll einer Gubernial- Verfügung zufolge die Erhaltung der Ordnung und Ruhe in der Stadt und auf dem Lande sein. Die sogenannte (Ruthensische) Garde soll ihre Farben und Abzeichen bekommen. Mit einem Worte, es ist durch die Regierung ein neues Ruthenisches Reich entstanden. (S. 3.)

Frankreich.

Paris, 17. Dezember. Obgleich heute Sonntag ist, setzt doch der Kammerauschuss seit 11 Uhr die Prüfung der aus allen Richtungen der Republik herbeiströmenden Wahlprotokolle fort. Er will bis Mittwoch damit fertig werden, um schon am Donnerstag zur Installation des neuen Präsidenten zu schreiten. Bis heute Mittag war in Paris ungefähr folgendes Wahlergebnis bekannt: für Louis Bonaparte 4,854,000 Stimmen; für den General Cavaignac 1,240,000. Aber über 7 Millionen Franzosen nahmen an der letzten Wahl Theil, und noch fehlen mehrere Distrikte; eben so Korsika, Algerien und die Kolonien. Dieser außerordentliche Sieg Louis Bonaparte's veranlaßt das „Memorial bordelais“ zu folgendem Vergleich: „Im Jahre 1800 stimmten 3,011,007 gegen 1562 für das zeitliche an Bonaparte, Cambaceres und Lebrun zu übertragende Konulat. Für das Konulat auf Lebenszeit stimmten 3,568,888 gegen 8374 und für das erbliche Kaiserthum im Jahre 1804 stimmten 3,521,075 gegen 2579.“

Die Majorität der Stimmen fällt fortwährend, in überraschender Einstimmigkeit auf L. Napoleon, und der Zeitpunkt rückt näher, wo der in solchem Umfange ausgesprochene Wille des Volks in Wirksamkeit tritt. Es werden alle Vorbereitungen getroffen, die es dem neuen Präsidenten möglich machen, mit einem entschiedenen Programm, wie es sich namentlich in der Wahl der Minister und in der Besetzung anderer hervorragender Stellen kundgibt, vor das Land zu treten. Es sind damit die Vorbereitungen zu andern wichtigen Entscheidungen eng verbunden, denn endlich fängt man an, aus dem Laumel zu erwachen und zu ahnen, daß die Wahl L. Napoleons der Anfangspunkt einer neuen Epoche ist, die vom Ziel, welches die Februar- Republik sich gesteckt hat, möglicherweise weit abweichen kann. Die Lage Europas giebt mannigfache Gelegenheit zu Verwickelungen, wenn sie gesucht werden, und ein großer auswärtiger Krieg hat sich immer noch als ein zu erprobtes Mittel bewährt, die inneren Zwiste vom Ausbruch zurückzuhalten, als daß Louis Napoleon, wenn er seine eigene Existenz bedroht sieht, zögern sollte. Louis Napoleon hat sich zwar jetzt von verständigen Männern, als da sind Hr. Thiers, Hr. Molé, Hr. Ddilon Barrot, leiten lassen, aber man weiß sehr auch, daß er selber keinesweges ein unbedeutender Mensch ist. Es ist schon einmal vor uns angedeutet worden, daß seine Irrfahrten von Straßburg und Boulogne sich nicht wiederholen werden, da er jetzt auf dem rechten Boden steht, und über andere Mittel gebietet, als damals. Molé und Dugeaud selbst sollen dies anerkennen haben. Was kann ein solcher Mann nicht wirken, zum Guten und zum Schlimmen, in Frankreich? Daß seine Wahl kein Schlüsselpunkt ist, sondern nur ein Anfang des Anfangs, das geht deutlich aus dem Umstande hervor, daß Thiers, daß Molé, daß selbst Dugeaud jetzt kein Amt antreten wollen. Warum hat Herr Thiers nicht die Vice-Präsidentenschaft, warum hat Herr Molé nicht die Präsidentenschaft des Ministeriums angenommen? Sie hätten es gewiß gewiß gethan, wenn sie die Verantwortlichkeit hätten übernehmen, oder mitbetheiligt hätten sein wollen an den Dingen, die da kommen mögen. Sie sahen vielleicht, daß sie den neuen Präsidenten nicht zu lügen im Stande sind, daß dieser entweder seinem eigenen Kopfe oder anderen Rathgebern folgt: kurz sie müssen an dem ruhigen und gesetzmäßigen Fortbestande der Republik unter L. Napoleon zweifeln.

Etienne Arago hat gestern Abend seine Entlassung als General- director der Posten gegeben, und Franz Arago hat das ihm angetragene Marine-Portefeuille abgelehnt. Der Präfect der Seine, Hr. Recurt, hat seine Entlassung genommen.

Aus Rom sind Depeschen bis zum Sten in Paris eingetroffen. Das Volk durchzog an jenem Tage die Straßen und verlangte eine konstituirende Versammlung.

Getreide= Bericht.

Stettin, 20. Dezember. Für Weizen 48-51 Thlr. in loco bez. Roggen, in loco 26 1/2 Thlr., pro Frühjahr für 82 Pfd. Waare 29 Thlr. und für 8 Pfd. 30 Thlr. bez. Gerste, mit 24 1/2 Thlr. bez. Hafer, 15-16 Thlr. verlangt. Erbsen, große 32-36 Thlr., kleine 28-30 Thlr. Leinöl, in loco 9 1/2 Thlr., auf Lieferung pro Frühjahr 9 1/2 Thlr. mit Faß bez. Rüböl, in loco und pro Dczt. 11 1/2 Thlr., pro März-April 11 1/2 Thlr. bezahlt. Spiritus, roher, in loco 23 1/2 % ohne Faß, und pro Frühjahr 21 1/2 % mit Faß bezahlt.

Berlin, 20. Dezember.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 52-56 Thlr. Roggen, in loco 25-28 Thlr., pro Frühjahr 82 Pfd. 30 Thlr. Br. 29-29 1/2 bez. Gerste, große, in loco 22-2 1/2 Thlr., kleine 18-20 Thlr. Hafer, in loco nach Qualität 15-16 1/2 Thlr., pr. Frühjahr 48 Pfd. 15 1/2 Thlr. Br. Rüböl, in loco, pro diesen Monat, pro Dec. - Jan. und pr. Jan. - Febr. 12 1/2, a 12 1/2 Thlr., pr. Febr. - März; 12 1/2, a 12 1/2 Thlr., März-April 12 1/2, a 12 1/2 Thlr., pr. April-Mai 12 1/2, 12 1/2, a 1/2 Thlr. bez. u. G. Spiritus, in loco ohne Faß 14 1/2, a 1/2 Thlr. bez., pro Dec. 15 Thlr. pr. Jan. - Febr. 15 1/2 Thlr. Br., pro Frühjahr 17 Thlr. Br., 16 1/2, G.

Berliner Börse vom 20. Dezember. Inländische Fonds, Pfandbrief-, Kommunal-Papiere und Geld-Course.

Table with columns: Zinsfuß, Brief, Geld, Gem. for various domestic securities like Preuss. frw. Anl., St. Schuld-Sch., etc.

Ausländische Fonds.

Table with columns: Zinsfuß, Brief, Geld, Gem. for foreign securities like Russ. Hamb. Cert., Poln. neue Pfdb., etc.

Eisenbahn-Actien.

Table with columns: Stamm-Actien, Tages-Cours, Priorit.-Actien, Tages-Cours, Ausl. Stamm-Actien, Tages-Cours listing various railway stocks like Berl. Anh. Lit. A B, etc.

Barometer- und Thermometerstand bei C. F. Schulz & Comp.

Table with columns: Dezember, Morgens 6 Uhr, Mittags 2 Uhr, Abends 10 Uhr showing weather data.

**Italien.**

**Rom, 6. Dezbr.** Das Ministerium hat zusammen seine Entlassung eingereicht, aber durch das oberste Gebot der Nothwendigkeit ist es von der Deputirtenkammer am Staatsruber festgehalten worden. Gleichwohl haben Lunati und Sereni definitiv abgedankt. Mamiani hat das Portefeuille der Finanzen, Muzarelli das der Gnade und Justiz übernommen, und so haben wir in der That fünf Minister anstatt sieben. Für jetzt ist Rom ruhig. 1500 Franzosen laviren in den Gewässern von Civitavecchia. Der Kommissar Latour d'Auvergne stieg ans Land und redete mit dem Bruder oder Neffe des Cardinals Latour d'Auvergne. Es ist außer Zweifel, daß die Franzosen von Gaeta Befehle erwarten. Zudem haben wir sichere Nachrichten, daß 10,000 Mann Neapolitaner schon in Bereitschaft sind, in die römischen Staaten einzurücken. In verfloßener Nacht kam eine Deputation aus Civitavecchia in Rom an, um das Ministerium zu fragen, was jene Stadt thun solle, wenn die Franzosen eine Landung versuchten. Nachschrift. Das ganze diplomatische Corps ist nach Gaeta abgereist; heute folgt der mexikanische Gesandte, Hr. Montoya, nach, der noch hier zurückgeblieben war. (A. 3.)

**Rom, 8. Dezember.** Bereits sind die Deputirten der Kammer, sowie der Senator mit seinen Genossen wohlbehalten von Gaeta zurückgekehrt. An der Gränze ward ihnen von einem einfachen Polizei-Beamten angezeigt, es sei Befehl eingetroffen, sie nicht passieren zu lassen. Sie erzielten endlich die Erlaubniß, sich schriftlich an den Kardinal Antonelli zu wenden und ihm ihre Mission aneinander zu legen. Nicht lange, so kam die gleichlautende Antwort an sie, Se. Heiligkeit, indem dieselbe die Würdevolligkeit des Himmels über Rom und den Staat herabrufe, bedaure doch sehr, sie nicht empfangen zu können; Alles, was der Papst zu sagen habe, sei in dem Breve an den Kardinal Cestracane (Mitglied der mehr erwähnten Regierungs-Kommission) niedergelegt. Damit mußten Senator und Deputirte abziehen. Also, schließt man hier, es ist kein Zweifel, der Papst ist Gefangener der Bourbonen!

In Bologna hat sich Oberst Lanci, Chef der päpstlichen Dragoner, ein tüchtiger Offizier Napoleonscher Schule, für Zucchi erklärt, wodurch das freilich sehr schwache Dragoner-Corps, dessen Brauchbarkeit jedoch stets gerühmt wird, für die Sache des Papstes gewonnen ist. In Rom liegen von demselben kaum noch 40-60 Mann. Die einzige Kavallerie, die den gegenwärtigen Machthabern auf diese Art bleibt, sind die Gensdarmen (Karabinere) der diesseitigen Provinzen.

**Großbritannien.**

**London, 15. Dezember.** Vor dem überraschenden Resultate der Präsidentenwahl in Frankreich treten in unserer Presse für den Augenblick alle übrigen Erscheinungen auf dem Festlande ganz in den Hintergrund. Die meisten unserer Blätter stimmen mit der Times darin überein, die Wahl Napoleons in der Hauptsache nur als einen Protest gegen die Fortdauer der Republik zu betrachten. Einige andere, wie Post und Sun, geben sich die undankbare Mühe, die Vorzüge und guten Eigenschaften aufzusuchen, welche Napoleonarie persönlich haben mag, oder welche sich anzuweihen ihn die günstigen Umstände treiben dürften. Sämmtlichen Kommentaren aber sieht man es an, daß ihnen im Grunde die ganze Geschichte in keinem anderen Lichte erscheint, als dem einer Thatfache, die sich zum Behufe etwa einer Fond-Spekulation dienlich zeigt, die man beugt so gut und so lange es geht und wegwirft, sobald man ihrer nicht mehr bedarf. Daß die monarchische Partei Louis Bonaparte ihre Stimme gegeben hat, um eine neue Dynastie Napoleon zu gründen, scheint Allen ziemlich unzweifelhaft zu sein.

**Bekanntmachung wegen der Wahlen zur Ersten Kammer.**

Nach Artikel 2 des Wahlgesezes für die erste Kammer vom 6ten d. Mts. und §. 1 des zu dessen Ausführung erlassenen Reglements vom 6ten d. M. sind alle diejenigen Preußen:

- welche das 30ste Lebensjahr vollendet und seit 6 Monaten ihren Wohnsitz oder Aufenthalt in der Gemeinde gehabt haben, nicht in Folge rechtskräftigen Erkenntnisses den Vollgenus der bürgerlichen Rechte entbehren und binnen 8 Tagen nach in ortsüblicher Weise erfolgter öffentlicher Aufforderung ein Grundvermögen von mindestens 5000 Thlr., oder ein reines jährliches Einkommen von mindestens 500 Thlr. glaubhaft nachweisen,

stimmberechtigte Urwähler zur ersten Kammer.

**Stargard-Poßener Eisenbahn.**

Frequenz und Einnahme im Nov. 1848.  
 13,712 Personen. — 10 443 Thlr. 3 gr. 10 pf.  
 78,097 Ctr 31 Pfd. Güter 9834 „ 23 „ 6 „  
 20,277 Thlr 27 Igr. 4 pf.

Sollten Gönner und Wohlthäter der verschämten Armen unserer Stadt, wie bisher, geneigt sein, den Betrag ihrer Neujahrskarten dem Frauenverein zu milden Gaben anzuvertrauen, bin ich gern bereit, dieselben anzunehmen.

Im Auftrage des Vereins:  
 Ch. Köpflin,  
 gr. Paradeplatz 528.

Mit dem Anfange k. J. wird der Unterzeichnete in Verbindung mit mehreren Gefährlichen ein **evangelisches Kirchenblatt Pommerns** herausgeben, welches das gesammte Gebiet des evang. kirchlichen Lebens mit besonderer Beziehung auf die provinziellen Zustände und Bedürfnisse, in den Kreis seiner auf Geistliche und gebildete Laien be-

rechneten Besprechungen ziehen wird. Monatlich erscheinen 2 Lieferungen, jede zu 1 Bogen. Vierteljährliches Abonnement 10 Igr., wofür es auswärts durch sämtliche Königl. Postämter bezogen werden kann. Stettin, den 20ten Dezember 1848.

Der erste Prediger an St. Petri.

**Anfrage.**

Wie geht es zu, daß Annoncen, die man am 18ten d. M. Vormittags, in dem Intelligenz-Comptoir zur Aufnahme in die priv. Stettiner Zeitung abgegeben, selbst am 20sten b. noch nicht in derselben gedruckt vorhanden waren?  
 E. W.

**Stettiner Tonkünstler-Zweig-Verein.**

Die nächste Versammlung: Donnerstag den 21. Dezember, Abends präcise 7 Uhr, im Bayerischen Hofe.

**Officielle Bekanntmachungen.**

Die Theilung des Nachlasses des am 14ten September 1842 verstorbenen Partikulier Friedrich Gustav

Demzufolge soern wir alle in diese Kategorie gehörenden hiesigen Einwohner hierdurch af, an einem der folgenden Tage:  
 den 27ten, 28ten, 29ten, 30ten Dezember 1848,  
 den 3ten, 4ten, 5ten, 6ten Januar 1849,  
 Vormittags von 9 bis 12 Uhr, oder Nachmittags von 3 bis 6 Uhr, im Rathhause sich einzufinden, und nach gescheneher Führung des vorgeschriebenen Nachweises bei den vor anwesenden Magistrats-Commissarien, ihre Einschreibung in die Urwähler-Verzeichnisse zur ersten Kammer zu beantragen.  
 Der Nachweis wird als geführt angenommen, wenn

- 1) der Besitz eines Grundvermögens im Werthe von mindestens 5000 Thlr., oder eines reinen jährlichen Einkommens von 500 Thlr. den Magistrats-Commissarien als notorisch bekannt ist,
- 2) bei Beamten wenn sie in den Verzeichnissen der Communal-Einkommensteuer mit einem Gehalte von mindestens 500 Thlr. aufgeführt sind,
- 3) bei allen andern Einwohnern, welche nach Portionsätzen zur Communal-Einkommensteuer beitragen, wenn sie mindestens eine Portion zahlen.

Alle diejenigen Einwohner, bei welchen der Nachweis auf vorgedachte Weise nicht zu führen ist, müssen durch Aelteste der Bezirksvorsteher, oder auf andere glaubhafte Weise darthun, daß sie ein Grundvermögen im Werthe von mindestens 1000 Thlr. besitzen, oder ein reines jährliches Einkommen von mindestens 500 Thlr. beziehen.  
 Mit dem 6ten Januar 1849 werden die Verzeichnisse der Urwähler zur ersten Kamme geschlossen. Wer gegen die Verzeichnisse Einwendungen zu machen hat, muß solche innerhalb 5 Tagen und spätestens bis zum 22ten Januar 1849 unter Beifügung der Beweismittel schriftlich bei uns anbringen. Die Entscheidung über die gemachten Einwendungen erfolgt durch die dazu berufene aus Magistrats-Mitgliedern und Stadtverordneten bestehende Commission innerhalb 5 Tagen nach dem 12ten Januar 1849, worauf dann die Verzeichnisse von uns definitiv festgesetzt und den Wahlvorstehern zu gefertigt werden.

Reclamaionen nach dem 12ten Januar 1849 können unter keinen Umständen berücksichtigt, und darf bei der Wahl Niemand zugelassen werden, der nicht in den Verzeichnissen aufgeführt ist.

Auf die dem stehenden Heere angehörenden Urwähler findet diese Bekanntmachung keine Anwendung, und werden die Verzeichnisse von diesen durch die Königl. Commandantur aufgenommen werden.

Wir ersuchen nun dringend, die Meldungen zur Einschreibung in die Wählerlisten nicht bis zu den letzten Tagen ansetzen zu lassen, damit der Andrang in diesen nicht zu groß wird, was die Abfertigung sehr erschweren und längeres Warten der Betheiligten zur unausbleiblichen Folge haben würde.

Wegen der Wahlbezirke und Wahlorte für die erste Kammer, sowie wegen der Wahlen für die zweite Kammer werden die erforderlichen Bekanntmachungen baldigt nachfolgen.

Stettin, den 17ten Dezember 1848.  
 Der Magistrat.

**Aufforderung.**

In den patriotischen Blättern erlaubt sich ein Namenloser, über die ehrwürdigen Krieger aus den Jahren 1813-15 seine Glößen zu reisen, und ist bemüht, deren physische Unfähigkeit, ihre unlängst gemachten Anerbietungen, dem Kufe unseres Königl. Herrn zu folgen, nachzuweisen. Unterzeichnet hat die Ehre, in jenen denkwürdigen Jahren ebenfalls zu diesen Kriegern zu gehören, wie er jetzt nicht minder bereit war und ist, nochmals für König und Vaterland auf den Kampfplatz zu treten. Derselbe fordert den Verfasser jenes Aufsazes hiermit auf, nach Langenberg zu kommen, um sich Proben verschiedener Art von der physischen Fähigkeit des Unterzeichneten zu holen, wobei demselben gerathen wird, zur besseren Wahrnehmung desselben Leibbinde und Unterjacke einzuwickeln zu Hause zu lassen; auch würde es gut sein, wenn selbiger sich mit einer hinreichenden Menge Atherthee versorgte, da es wahrscheinlich ohne Schnupfen nicht abgehen dürfte. Sollte er dieser Aufforderung nicht entsprehen, so wird derselbe hiermit öffentlich für einen unnützen Schreihals und böswilligen Verleumder erklärt.

**Auszug aus einem Soldatenbriefe.**

Die zwei Paar Strümpfe, zwei Pfd. Butter und 1 Thlr. Geld habe ich erhalten und sage meinen herzlichen Dank. Sie kommen mir äußerst gut zu staten, denn ich habe fast in drei Wochen mein Kommissbrod trocken gegessen und bin oft mit einem Stück davon als Abendbrod auf mein Stroplager schlafen gegangen. Und dies in Polen.

Für die Berliner Garnison wird viel, sehr viel gethan; was haben diese vor den andern voraus? In Polen zu sein gegen Berlin (wo des Klima's wegen schon an Strümpfen zu denken Funckerei wäre) ist ein gewaltiger Unterschied.

Ihr patriotischen Damen, gedenkt auch der Krieger in Polen und bereitet ihnen eine Freude, denn da kann es leicht kommen, daß einem die Füße kalt werden, der es wohl besser haben könnte.

Kluth zu Wangerin und seiner am 16ten Juni c. mit Tode abgegangenen Wittne, Sophie Friederike, gebornen Krantz, steht bevor, was mit Einweisung auf §. 137 Theil 1. Titel 17 Allgemeinen Land-Rechts bekannt gemacht wird.

Labes, den 18ten Dezember 1848.  
 Krause,  
 als Kluth'scher Testaments-Executor.

**Publicandum.**

- Nach dem Publikat vom 1sten November 1841 darf
- 1) Aher nicht in größeren Quantitäten, als 4 Tonnen in Kellern und Speichern innerhalb der Stadt oder auf der Silberwiese längs der Oder lagern, vielmehr sollen größere Vorräthe vor dem Ziegenthore untergebracht werden, wo ein auf dem Rathsholzhofe von der Stadt errichtetes Gebäude die Gelegenheit dazu darbietet;
  - 2) Terpentinöl soll nur in feuerfesten massiven Kellerräumen aufbewahrt werden, deren Thüren und Läden feuerfest eingetrichtert sein müssen;
  - 3) Spiritus nur in Kellereien und in Räumen zur ebenen Erde gelagert werden.
- Diese Vorschriften werden hierdurch mit dem Be-

merken in Erinnerung gebracht, daß Kontraventionen  
5 bis 50 Thlr. Strafe unterliegen.  
Stettin, den 19ten Dezember 1848.  
Königl. Polizei-Direktion.

### Auktionen.

#### Auktion.

Am 29sten Dezember d. J., Vormittags 9 Uhr,  
soll im hiesigen Rathhause mehreres zu einem Nach-  
lasse gehörige Hausgeräthe, 1 silberner Esstisch, ein  
großer Kessel, Betten, Kleidungsstücke, Wäsche, Leinen  
und Tischzeug an den Meistbietenden gegen baare  
Zahlung verauktionirt werden.

Bahn, den 19ten Dezember 1848.

Wiesenewski, v. O.

### Freitag den 22. Dezember, Vormittags 10 Uhr,

sollen im Entrepot-Keller unter dem Börsenhause ver-  
schiedene Partien Champagner (beste Marke) meist-  
bietend verkauft werden.

### Verkäufe beweglicher Sachen.

Sehr schönen

#### fetten Sahnen-Käse,

a Stück circa 1 1/2 Pfd. wiegend, empfehle ich a St.  
mit 3 Sgr., in Kisten billiger.

Carl Betsch,

große Wollweberstraße No. 365.

### A. Roch,

Fabrikant französischer Handschuhe, Breitestraße No. 408,  
den drei Kronen gegenüber.

Zu Weihnachten empfehle ich mein wohlaffortirtes  
Handschuh-Lager nebst geschmackvollen Präsentkästchen.

Feine Raffinade, a Pfd. 5 1/2 Sgr.,

extra feine Raffinade, a Pfd. 6 Sgr.,  
bei Centnern billiger,

feine Litthauer Butter,

in Kübeln und ausgewogen,

feine Mecklenburger Butter,

a 6 1/2 Sgr. pro Pfd., bei ganzen u. halben Fässern billiger,

beste Thüringer Pflaumen,

a Pfd. 1 1/2 Sgr. bei Centnern billiger,  
sowie sämtliche Material-Waaren zu den billigsten  
Preisen offerirt

A. Lincke,

gr. Laßadie No. 184.

### Barometer

in eleganter Form, von 2 1/2 bis 10 Thlr.

### Thermometer,

als Stuben-, Toiletten-, Bade- und Fenster-Thermo-  
meter (mit gläserner Scala) von 15 Sgr. bis 3 Thlr.  
empfehle ich  
F. Sager, Mechanikus,  
Breitestraße 403.

### Rügenwalder Gänsebrüste

bei  
Faeg & Co.,  
Krautmarkt No. 1056.

### Die AUSSTELLUNG

von

### Kinderspielzeugen

für Knaben und Mädchen, in allen neuesten und ge-  
schmackvollsten Gegenständen, ist bereits eröffnet und  
empfehle ich hiermit einem hochgeehrten Publikum  
unter Versicherung der billigsten Preise ganz ergebenst  
Friedr. Weybrecht,

Grapengießersstraße No. 167.

Besten Elbinger Käse in Broden,  
sowie eine große Auswahl

### Stoppel-Butter

in Löffeln von 20 a 25 Pfd. empfehlen billigt

Betsch & Hammerstein,

Seumarkt No. 39.

### CARL MAURI,

Grapengießersstraße 169,

empfehle sein reichhaltiges Lager in

ächten Havanna-, Bremer und  
Hamburger Cigarren

in abgelagerter alter Waare von 6 Thlr. pro mille  
bis 120 Thlr., so wie alle Sorten

Rauch- und Schnupf-Tabacke

aus den besten Fabriken.

3 u

## Weihnachts-Geschenken

empfehle ich mein sehr reichhaltiges Lager von eleganten

Feuermaschinen eigener Fabrik, von 1 bis 7 Thlr.

Platina-Räucherlampen im neuesten Geschmack.

Ferner:

eine große Auswahl Galanterie-Gegenstände, als: Garnwinden, Bücherschweben, Karten-  
reihen, Kaffeemühlen, polirte Spinnräder, Lesepulte, Schreibzeuge, Fensterchweben, Federhalter,  
Fries-, Handschuh-, Näh-, Zucker-, Thee- und Arbeitskästchen im neuesten sehr reichen Geschmack,  
plirte Vogelbauer, Ephenlaub-, Ephenkästchen, Reise-Stiefelnechte, Cigarren-, Taback-, Boston-  
und Markenkästchen, Damen- und Herren-Accessoires, elegante Brief- und Lacon-Halter, Dam-  
bretter, Schachspiele, Domino- und Tocobillenspiele, Kalender-, Visitenkarten- und Blumenhalter,  
Nachtlampen, Lichtschirme, Whist- und Boston-Marken, Schreibpulte, Zuckerkammer, Ellen-, Näh-  
schrauben, Zwirnwinkel, Grillenspiele, eine große Auswahl Elfenbein-, Bernstein-, Porzellan-,  
Bing- und Eisen-Nips-Gegenstände, Cigarren-Stuis, Brief-, Notiz- und Geldtaschen, Abo-  
un Bernstein-Colliers, Uhrhalter, Blumenständer, Zuckerkammer, Salatscheren, Toiletten- und  
Nährspiegel, Stubenthermometer, Pulverhörner, Damentaschen, Schreibmappen, Strickföhrchen,  
Säbelampen in Messing und Neusilber.

Außerdem ein vollständiges Lager der besten Bürsten und Kämmen jeder Art, in Schildpatt,  
Elfenbein und Horn, feine Wasch- und Toilettenseifen, feine Wasch- und Badeschwämme, ächtes  
Eau de Cologne und überhaupt sehr viele hier nicht genannte geschmackvolle und nützliche Artikel.

Da viele der obigen Gegenstände von mir selbst angefertigt und wie bekannt ist eine lange  
Reihe von Jahren nur dahin gestrebt habe, das beste und solideste auf meinem Lager zu halten,  
so bitte ich ein hochgeehrtes Publikum um einen recht zahlreichen Besuch.

### Friedr. Weybrecht,

Kunst-Drechsler, Grapengießersstraße No. 167.

### 5 Sgr. pr. Pfd.

schöne fette Kochbutter, in Fässern  
viel billiger, empfiehlt

Wilhelm Fachdrich,

kleine Dom- und Vollenstraßen-Ecke.

### 3 Sgr. pr. Pfd.

neue große Rosinen,

### 8 Sgr. pr. Pfd.

beste große süße Mandeln,

### 2 Sgr. pr. Pfd.

schönste Böhm. Pflaumen empfiehlt

Wilhelm Fachdrich,

kleine Dom- und Vollenstraßen-Ecke.

Feinste Holsteiner Butter,

a Pfd. 8 Sgr.,

feinste Tischbutter, a 6 1/2 bis 7 Sgr.,

schöne Kochbutter, a 6, 5 1/2 u. 5 Sgr.,

empfehle ich

Wilhelm Fachdrich,

kleine Dom- und Vollenstraßen-Ecke.

Zu dem bevorstehenden Weihnachtsfeste empfehle  
ich die mir von den Herren Ernst Knittel &  
Sohn in Landsberg a. d. W. übersandten rühm-  
lichst bekannten

Pfefferkuchen,

Confitüren und Wachswaaren,

und bitte um geneigten Besuch.

Die geehrten Abnehmer erhalten auf Zählwaaren  
den üblichen Rabatt von 5 Sgr. pro Thaler.

### C. F. Busse,

Mittwochstraße, am Mehlthor No. 1064.

Zu Weihnachtsgeschenken empfehle ich auch in die-  
sem Jahre mein Lager von Gyps- und Wachsfiguren.  
St. Diagini, Gypsfiguren-Fabrikant,  
Frauenstraße No. 896.

Die Putz-, Mode-Handlung und Blumen-  
Fabrik von J. C. Ebeling jun.

empfehle ihr Lager der neuesten Gegenstände zu be-  
kannt billigen Preisen.

Friedr. Weybrecht,

Grapengießersstraße 167.

Feine Stücken-Butter, a Pfd. 8 Sgr.,

schönen Sahnen-Käse, a Stück 5 Sgr.,

sowie sämtliche Material-Waaren billigt bei  
Fr. Richter.

### Vermietungen.

Paradeplatz No. 529 ist die dritte Etage sogleich  
oder zum 1sten April zu vermieten.

Rosengarten No. 300 ist eine Wohnung, bestehend  
aus 3 Stuben, Cabinet, heller Küche, Vorkammer,  
Holz- und Gemüse-Keller, zum 1sten April zu ver-  
mieten.

Gr. Wollweberstr. No. 595 ist zum 1sten  
Jan. k. ein meubl. Zimmer zu vermieten.

Vollwerk No. 1093 ist die zweite Etage, bestehend  
aus 8 heizbaren Zimmern, zum 1sten April k. J. zu  
vermieten.

Näheres beim Wirth, Neuettes 1065.

Rosmarkt No. 703, eine Treppe hoch, ist ein schönes  
Zimmer mit Möbeln sogleich zu vermieten.

### Anzeigen vermischten Inhalts.

Die

## Weihnachts-Ausstellung

von

### E. Canne & Comp.

ist eröffnet und beziehen wir uns der einzelnen Ge-  
genstände zu passenden Geschenken wegen auf unsere  
Umlauf-Zettel.

### Berlinische

## Feuer-Versicherungs-Anstalt in Berlin.

Von obiger Anstalt bin ich autorisirt, auf Gegen-  
stände, welche bei der Darlehns-Kasse ver-  
pfändet werden sollen, Feuer-Versicherungen für  
selbige zu den billigsten Prämien sogleich anzunehmen  
und darüber gleichzeitig die Anstalt bindende Interims-  
schein auszufertigen, weshalb ich zur Annahme von  
Versicherungen jederzeit bereit bin.

Der Haupt-Agent

A. F. W. Wisman,

Ruhstraße No. 288.

Beim Schluß der Vorstellung des Sommerfests-  
traums am 17ten d. im Theater, Loge No. 3, hat der  
Einsender aus Versehen einen fremden Hut ergriffen;  
ich ersuche daher den Herrn, der gezwungen war, den  
meinigen zu nehmen, die Auswechslung desselben in  
der Schulzenstraße No. 339, im Laden, bewerkstelligen  
zu lassen.

### Geldverkehr.

1600 Thlr. werden zur ersten Stelle nachgewiesen  
durch  
Schreiber sen., Rosmarkt 711.

Für Kapitalisten.  
Papillarisch sichere Hypotheken werden unentgeltlich  
nachgewiesen durch  
Schreiber sen.,  
Rosmarkt 711.